

Bezugspreis:

Quartalspreis 3.- M., monatlich 1.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs monatlich 1.- M. inkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M. bei täglich einmal, wöchentlich 4.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokratie Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die abgegebene Kompositionelle kostet 1.50 M. „Kleine Anzeigen“, das ist gebuchte Wort 50 Pfg. (zählend 2 gebuchte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengeld und Schlusskennzeichen des 10. Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Fernerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.50 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 48, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bestellfrist von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Wittwoch, den 24. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Das Friedensangebot Rußlands.

(Drahtbericht unseres Kopenhagener Korrespondenten.)

Aus Helsingfors wird gemeldet: Die finnische Regierung wird das Friedensangebot der Bolschewisten den Reichstagsfraktionen vorlegen, den Reichstag jedoch nicht einberufen.

Der Kongress der finnischen, estnischen, lettischen und litauischen Sozialisten in Riga beschloß, die Regierung aufzufordern, auf einen Frieden mit den Bolschewisten energisch hinzuwirken. Der Kongress richtete außerdem eine Aufforderung an die Arbeiterparteien der Entente, ihren Einfluß geltend zu machen, damit die Alliierten den Friedensunterhandlungen keine Hindernisse in den Weg legen.

Der amerikanische Stahlstreik.

Am Sonntag wurden allenthalben in den Stahlwerken Versammlungen abgehalten, wovon einige durch die Stadtpolizei gesprengt wurden. Es besteht ein ziemlich starker Gegensatz zwischen den ausländischen und amerikanischen Arbeitern, da die letzteren wenig zum Streik geneigt sind. Der Stahlstreik engagierte 10 000 Arbeiter für den Sicherheitsdienst.

Wenige kleineren Stahlwerke arbeiten, auch mindestens die Hälfte der Traktorenwerke, wenngleich viele mit so knapper Mannschaft, daß die völlige Stilllegung der Betriebe zu erwarten ist. Unter den größeren geschlossenen Traktorenwerken sind 16 Drahtfabriken, 30 Hochöfen. Ungünstig für die Traktorenwerke ist, daß die Streiklust der Dampfmaschinen- und Transportarbeiter groß ist. 35 000 Arbeiter der Westinghousewerke streiken nicht, stellen aber Forderungen.

Die Zahl der Streikenden in der Stahlindustrie betrug am Montagmorgen 284 000, wovon 60 000 in Chicago und 30 000 in Cleveland.

Ein Massenstreik in England.

Kopenhagen, 24. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die aus London gemeldet wird, haben gleichzeitig mit dem Ausbruch des amerikanischen Stahlstreiks 50 000 Arbeiter in Großbritannien die Arbeit niedergelegt.

Die Kohlennot in Wien.

Die Kohlenzufahren nach Wien sind immer noch so unzureichend, daß frühstens am kommenden Sonntag mit der Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs gerechnet werden kann. Die Entscheidung über die künftige Kohlenversorgung Wiens wird heute in Prag bei der Konferenz mit der tschechischen Regierung fallen.

Oesterreichische Auslandsvertretung.

In der Wiener Staatskanzlei und im Staatsamt des Aeußeren werden bereits die Vorbereitungen für die Ernennung der Gesandten getroffen. Man rechnet damit, daß Gesandtschaften in Berlin, Paris, London, Rom, Washington, Bern, Haag, sowie in den Hauptstädten der Successionsstaaten, nämlich in Prag, Warschau, Budapest und Belgrad errichtet werden. In Berlin besteht bereits heute eine Gesandtschaft.

In der Schweiz und in den Successionsstaaten hat Oesterreich ebenfalls diplomatische Vertreter, ohne daß diese jedoch den offiziellen Titel eines Gesandten führen. Es wird sich nun darum handeln, welche von den bisherigen Vertretern auf ihrem Posten verbleiben. Von den in den Ententestaaten zu errichtenden Gesandtschaften erscheint jene in Paris am dringendsten, da Paris auch der Sitz der Wiedergutmachungskommission sein wird.

Der bescheidene d'Annunzio.

d'Annunzio beantragte in einer Rede, die er am Nationalfeierstage gehalten hat, außer der Stadt Triume und deren Landgebiet auch den Hafen und die Eisenbahn für Italien. Jede andere Lösung sei unannehmbar.

Der Streik an der Wasserkante.

Hamburg, 24. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Unter der fortgesetzten Erge der Kommunisten und des sozialistischen Seemannsbundes gewinnt der in Bremen angesetzte Ostseestreik auch in Hamburg an Ausdehnung. Der Streik ist um so unglücklicher und unverantwortlicher, als der Transportarbeiterverband zurzeit gerade in Verhandlungen wegen Erhöhung des bestehenden Tarifs steht.

Wie die B. F. N. melden, ist der Streik der Hafenarbeiter in Bremen nahezu allgemein geworden. Zwar hat der Trans-

portarbeiterverband die Beteiligung am Streik abgelehnt, doch werden seine Mitglieder an der Arbeit verhindert. Auch die Fischdampferbesatzungen streiken. Der Verkehr im Hafen ruht fast völlig. Verhandlungen sind im Gange. Heute mittag ist eine große Demonstration der Streikenden auf dem Rathausmarkt zu erwarten.

In Hamburg wird dem Streik der Hafenarbeiter keine große Bedeutung beigelegt. Das Ausladen der Lebensmittel-schiffe wird fortgesetzt. Der Transportarbeiterverband, steht dem Streik ablehnend gegenüber.

Wie aus Stettin gemeldet wird, ist dort heute morgen der Streik der Seeleute ausgebrochen.

Wie aus Bremen gemeldet wird, ist daselbst unabhängig vom Hafenarbeiterstreik gestern durch den Streik der Straßenbahnarbeiter der gesamte Straßenbahnverkehr stillgelegt worden. Der Streik begann mit der Arbeitsniederlegung der Hilfsarbeiter, denen sich wegen Lohnforderungen selbst die Angestellten der Straßenbahn angeschlossen haben.

Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen gefährdet.

Hamburg, 24. September. W. W. Die Abfertigung der deutschen Dampfer, die nach England fahren sollen, um die deutschen Kriegsgefangenen heimzubefördern, wird durch die Streiklage in Frage gestellt. Die Mannschaft des Dampfers „Wilsaal“ erklärte gestern, sich den Streikbeschlüssen anschließen zu müssen.

Das Betriebsrätegesetz.

Von einer Seite, der es nur darauf ankommt, alles „Rechtssozialistische“ schonungslos herunterzureißen, ist der Vorwurf über die Betriebsräte als gänzlich wertlos hingestellt worden. Richtiger haben die Vertreter des alten Herrn-im-Hause-Standpunkts in der Unternehmerschaft die grundsätzliche Bedeutung dieser Vorlage erkannt, gegen die sie jetzt mit allen Mitteln Sturm laufen. Die Kühnheit ihrer alten Gegner muß der sozialistischen Arbeiterchaft zeigen, daß hier etwas Bedeutendes für sie auf dem Spiele steht und daß der Kampf gegen alle Versuche, den Entwurf zu entwerfen, wichtiger ist als das kritische Geschimpfe über die „Rechtssozialisten“, die es eben nie recht machen können.

Aus den Ausschüßverhandlungen gewinnt man den Eindruck, daß die Agitation des Scharfmachers nicht ohne Einfluß auf die Haltung der bürgerlichen Parteien geblieben ist. So wurde gestern von Erkelenz erklärt, daß die Mehrheit der Demokraten gegen die Vorlegung der Bilanz und gegen die Teilnahme der Betriebsräte am Aufsichtsrat der Gesellschaft seien. Diese demokratische Erklärung braucht für einen Regierungsentwurf nicht unbedingt tödlich zu sein, da eine Rechtsbildung mit Hilfe des Zentrums und eines Teils der Demokraten möglich ist. Wesentlich werden gegebenenfalls auch die Unabhängigen ihre Mithilfe im Kampf gegen das industrielle Herrtum nicht versagen!

Sollte also die angeklündigte Haltung der Demokraten auch dem Zustandekommen des Gesetzes nicht schaden, so bliebe sie doch außerordentlich bedauerlich für alle jene, die für die nächste Zukunft in einem Zusammengehen von Sozialdemokratie und bürgerlicher Demokratie die immer noch beste der vorhandenen Möglichkeiten erblicken. Ein solches Zusammenarbeiten setzt sozialpolitisches Verständnis bei den Demokraten voraus, das man in diesem Fall schmerzlich vermisst. Dadurch muß sich der Eindruck verstärken, daß der Einfluß der Arbeitervertreter in der demokratischen Fraktion noch nicht einmal so groß ist wie im Zentrum und daß jene Partei im Begriffe ist, sich einseitig nach der Unternehmenseite hin zu orientieren.

Das Betriebsrätegesetz, in dem die Demokraten auf einmal die Gefahr der Syndikalisierung erblicken, hat mit dem „Konstitutionellen Fabrikssystem“, das in früheren Zeiten gerade von bürgerlichen Demokraten mit starker Uebertreibung als Lösung aller sozialen Schwierigkeiten gepriesen wurde. Der jetzige ablehnende Standpunkt eines großen Teils der demokratischen Fraktion gegen das Betriebsrätegesetz ist nicht antisozialistisch und auch nicht antisozialistisch, sondern schlechthin antidemokratisch, denn er verrät genau dasselbe Mißtrauen in die breiten Massen des Volkes, das den alten Nachhabern zu eigen war und jeden politischen Fortschritt verhinderte. Er verrät ebenso auch mangelndes Verständnis für die Tendenzen der Entwicklung, die, nachdem Deutschland durch die Macht der Arbeiterklasse eine demokratische Republik geworden ist, kein absolutes Fabrikkönigtum in den Betrieben dulden wird. Darum sollten sich die Demokraten schon aus Klugheit hüten, einen Standpunkt einzunehmen, der ihre Geschichte schwer belasten wird, und der zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie den Klaffengegenstoß weit aufreißt.

Haltloses Schwanken.

Beginnende Einsicht und kampfshafte Versuche, eine Politik verfehlter Experimente zu führen, machen sich augenblicklich in jener bürgerlichen Presse geltend, die sich zurzeit meines Rücktritts vom Amt des Wirtschaftsministers überlaut der Freude hingab, daß nunmehr wieder der freie Handel in seine alten Befugnisse eingeführt werden würde. Die in den letzten zweieinhalb Monaten gemachten Erfahrungen reden auch eine gar zu deutliche Sprache. Wo wirklich volkswirtschaftliche Einsicht vorhanden ist, werden die Lehren aus diesen Erfahrungen gezogen, wo sie fehlt und doch ein unwiderstehliches Bedürfnis zum Schreiben über volkswirtschaftliche Dinge treibt, kommen geradezu mitleiderweckende Ergebnisse zutage. Nicht, daß die bessere Einsicht reiflos die Tatsachen würdigen könnte, — dem steht eine vorgefaßte Meinung entgegen —, aber es zeigt sich doch, daß die Erfahrungen nicht ganz ohne Einfluß auf die Haltung der Presse geblieben sind. Daß allerdings diese Erfahrungen der Presse recht „peinlich“ sind, wird in ihr von volkswirtschaftlichen Wissenschaftlern, offenbar recht unbedacht, ausgesprochen. Vor zwei Monaten wäre es undenkbar gewesen, daß im „Berliner Tageblatt“, wie es in Nr. 437 nun tatsächlich der Fall, Sätze wie die folgenden zu lesen gewesen wären:

„Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß wir auf eine Kontrolle unseres Außenhandels zurzeit und für eine gewisse Zukunft noch nicht verzichten können. Dieser Einsicht verheißt sich nur ganz wenige Leute in Deutschland.“ „Wir haben gar nicht dazugegen, daß die Einfuhr gewisser erheblichen, nur dem Luxuskonsum dienenden Waren noch strenger als bisher kontrolliert, ja verhindert wird, und daß bei der Einfuhr von Stoffbeständen das Einfuhrbedürfnis von Fall zu Fall geprüft werden muß.“

„Tatsache, was die Anhänger der Planwirtschaft den freien Handel nennen und was in Wirklichkeit gegenüber dem freien Handel der Friedenszeit noch ein stark kontrollierter Handel ist und sein muß.“

„Wir selbst haben wiederholt auf die schweren Bedenken hingewiesen, die grundsätzlich dem freien Devisenhandel entgegenstehen.“

„Die Freihandelsexperimente, die man jetzt mit dem Hafer und dem Leder gemacht hat, sind keineswegs sonders nach unserem Geschnad gewesen, und wir haben auf die Bedenken, die einer jähren Aufhebung der Regelung für solche Einzelprodukte entgegenstehen, welche aus einer zusammenhängenden Waren-gattung herausgegriffen sind, wiederholt hingewiesen. Die Regierung hat wohl, als sie sich zu diesen Experimenten entschloß, geglaubt, vor Weltmarktverhältnissen zu stehen, die den Anfang einer Ueberleitung unserer Volkswirtschaft auf Weltmarktwirtschaftsbedingungen gebieten. Man hat mit einer Senkung der Preise auf dem Weltmarkt gerechnet, während in Wirklichkeit eine Steigerung eingetreten ist. Man hat auch wohl eher an eine Besserung, als an eine so rapide Verschlechterung der deutschen Valuta geglaubt, wie sie jetzt eingetreten ist. Die Experimente sind mißglückt und wir müssen die Lehre daran ziehen, daß das deutsche Wirtschaftsleben im allgemeinen noch nicht reif zur völligen Befreiung aus der Uebergangswirtschaft ist.“

Nun stehen wir vor der Tatsache, daß Hafer und Getreide ins Ausland gehen, daß Brotgetreide veräußert wird, daß die Leder- und Schulpreise eine Höhe erreicht haben, daß sich kein Arbeiter mehr ein Paar Stiefel kaufen kann, daß der Zentner Wolle im Großhandel etwa 1200 M. kostet, daß der Wert der deutschen Mark im Ausland einen unerhörten Tiefstand erreicht hat. Das sind die Erfahrungen, von denen ich eingangs sprach.

Vor 9 Wochen hätte keine Zeitung der handelspolitischen Richtung des „Berliner Tageblatts“ geschrieben, daß unser Handel noch ein stark kontrollierter Handel sein müsse, daß das deutsche Wirtschaftsleben im allgemeinen noch nicht reif sei zur völligen Befreiung aus der Planwirtschaft. Nur die „Frankfurter Zeitung“ hat damals auf die schwereren Bedenken hingewiesen, die dem freien Devisenhandel entgegenstehen, nicht das „Berliner Tageblatt“. Dieses schrieb noch am 9. Juli, es sei im Interesse des soliden Außenhandels dringend geboten, mit der Aufhebung der Devisenordnung und unverzüglich vorzugeben, oder doch, wenn das erst nach dem Friedensschluß möglich ist, die beabsichtigte Aufhebung mitzuteilen, damit sich der Handel darauf einrichten könne. Lediglich bezüglich gewisser Luxusartikel könne ja die Einfuhr von besonderer Erlaubnis abhängig gemacht werden. Und am 12. Juli schrieb das „Berliner Tageblatt“, die Aufhebung der Devisenordnung an eine strengere Kontrolle der Ein- und Ausfuhr zu knüpfen — wie ich es wollte —, sei der kriegswirtschaftliche Bureaucratismus in verstärkter Form. Weiter wurde betont, daß die Pflichten, die man während des Krieges dauernd auf die Valuta nehmen zu müssen glaubte, heute ziemlich hinfällig erschienen. Die „hinfälligen“ Pflichten auf die deutsche Valuta haben es seitdem bewirkt, daß hundert holländische Gulden am 18. September 1919 eintausendzwanzig und fünfzig Mark und 63 Pfennige kosteten, gegenüber 558.66 am 8. Juli 1919.

Am 16. Juli schrieb die gleiche Zeitung bezüglich der Freigabe der Lederwirtschaft, daß schon auf die

Nachricht von der Freigabe die Gleichhandelspreise bedeutend sinken würden; die Aufhebung der Blockade werde sie weiter drücken. Wenn die Regierung kaufmännischen Blick besäße, hätte sie die Freigabe der Wirtschaft in dem Moment proklamieren müssen, wo die Blockade fiel. — So könnten die Beispiele bis ins ungemessene vermehrt werden, doch die gebrachten zeigen, was auf die Argumente der Leute des freien Spiels der Straße zu geben getroffen ist. Es muß für unsere Genossen in der Regierung bitter sein, aus dem Munde solcher Leute nun hören zu müssen, daß sie eine Politik der verfehlten Experimente getrieben haben. Freilich sind sie mitsamt den bürgerlichen Mitgliedern des Kabinetts der Meinung gewesen, daß sie vor Weltmarktverhältnissen mit sinkenden Preisen ständen. Meine dagegen erhobene Stimme ist ungehört verhallt, namentlich den lauten Ruf der Männer vom Schloß des „Berliner Tageblatts“, dem Gothein und Dernburg gegenüber. Diese sind es gewesen, die die Politik durchzuführen versuchten, die jetzt vom „Berliner Tageblatt“ als eine solche verfehlter Experimente bezeichnet wird.

Am 12. Juli meinte das „Berliner Tageblatt“, die Planwirtschaft, wie ich sie gewollt habe, wäre nichts anderes gewesen, als die Fortsetzung der kriegswirtschaftlichen Praxis, also eine ängstliche Nationalisierung der Einfuhr und eine gerade solche Behandlung der Valuta. Mir klingt heute wie ein Lob, wenn ich das lese. Sätze man ängstlich die Einfuhr rationalisiert und ebenso die Valuta behandelt, dann hätte das Sinken der Valuta nicht eintreten können, wie es bei dieser Politik der verfehlten Experimente nun leider der Fall ist. Sollten wir uns nicht nunmehr grundsätzlich die Ohren verstopfen vor der volkswirtschaftlichen Weisheit, wie sie z. B. der Reichsfinanzminister a. D. Gothein verkündet, noch jetzt verkündet. Am Tage nach dem Erscheinen des wenigstens einige volkswirtschaftliche Einsicht verrätenden Artikels des „Berliner Tageblatts“ in Nr. 437, in Nr. 438, nimmt dieser Herr zu dem Sturz der deutschen Valuta Stellung. Und er beginnt mit dem Satz, daß das weitere starke Sinken der deutschen Valuta auf einen noch nicht dagewesenen Tiefstand „äußerst peinlich berühre“. Freilich muß das peinlich wirken, nachdem man das Gegenteil als das Ergebnis der vorgeschlagenen, nun wirklich befolgten und naturgemäßigerweise fehlgeschlagenen Politik behauptet hatte. Aus diesem Artikel spricht eine volkswirtschaftliche Naivität, wie man es von einem Reichsfinanzminister a. D. eigentlich nicht erwarten sollte. In anderem Zusammenhang werden wir noch einmal darauf zurückkommen. Tragisch ist es nur für das Volk, daß ein solcher Mann einen solchen Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausüben konnte.

Was soll denn nun werden? Soll nicht die Lehre aus diesem verfehlten Experiment gezogen werden? Sollen und wollen wir nicht zu einer wirklich planvollen, nicht schwankenden Wirtschaftsführung kommen? — Es würde verhängnisvoll sein, wenn das haltlose Schwanken der Handelspresse, wie es sich aus dem Nebeneinander der Auffassungen in den beiden Artikeln des „Berliner Tageblatts“ in Nr. 437 und 438 ergibt, die Regierung hinderte, sichere Wege zu geben. Rudolf Wissell.

Die Folgen des Valutasurzes.

(Drahtbericht unseres Berner Korrespondenten.) Die niedrige deutsche Valuta hat die Entlohnung von Schweizer Arbeitern am deutschen Grenzgebiet zur Folge. Von den Lohnarbeitern in Waldsüt wurden achtzig Schweizer Arbeiter wegen Lohnzahlung in Schweizer Währung entlassen. In Kleinlaufenberg, Säckingen, Grenzach und anderen Orten sichern ähnliche Arbeiterentlassungen bevor. Die deutschen Arbeiter haben sich mit ihren Schweizer Kollegen solidarisch erklärt.

Das große Meinenmachen. Die Preussische Staatsregierung hat den Arbeiterssekretär Gustav Krüger in Magdeburg zum Polizeipräsidenten in Magdeburg ernannt.

Harry Kahn: „Kraach“.

Kleines Schauspielhaus.

Die in der Kriegszeit einsehende und noch immer andauernde Theater-Hochkonjunktur trifft mit einem tiefstehenden dramatischen Tagesprodukt zusammen, der hinter dem ganz gewiß nicht hohen Durchschnittsniveau der letzten Jahrzehnte noch erheblich zurückbleibt. Man war ja gewohnt, bescheidene Ansprüche zu stellen an das, was sich „Komödie“ nannte. Doch daß die Direktion des kleinen Theaters zur Eröffnung ihrer neuen Filiale im Theatersaal der Charlottenburger Musikakademie nichts anderes als diesen „Kraach“ gebunden, läßt eine Minderwertigkeit des Angebots befürchten, die die Geduld auf immer härtere Proben stellen wird.

Diese angebliche Satire auf das eitle, gestimmungslose, gepulverte Literarientum gewinnt dem doch so dankbaren, schon öfter, vor allem in Schnitzlers prächtigen Einakter „Literatur“ behandelten Gegenstande nur eine endlos ausgebreitete Langeweile ab. Ein Quäntchen eigener Beobachtung wird mit dem breiten Wasserzuschuß erlängelter Verordnungen und schreiender Unmöglichkeit verdünnert, die als Gradeste gelten wollen, ohne eine Spur von Poeme. Die gemeinsame Geduld der Personen löst eine Unterbrechung der Plausibilitäten aus. Der Held, der durch eine Zeitschrift von funkelndgelbemem Kapitalismus, den „Kraach“, Mammon und Unsterblichkeit zu gewinnen hofft und auf der Suche von Berlin nach München, dem gelobten Genieerland, abdampft, fällt aus seiner Schlafwagenstube ins Bett eines mitreisenden Millionärverlegers, der sich im Heud von ihm das Gründungsprojekt erklären läßt und den Vertrag gleich unterschreibt. In diesem Sinne geht es, freilich nicht im Eilzuge, sondern Schmeckentempo weiter. Ein Rittergutbesitzer, der ein konservatives Blatt plant und nach den Ansichten des Autors wohl so etwas wie einen realpolitischen Kopf darstellen soll, steht soundso viel tausend Mark davon, dem reingefüllten Koffer der beiden Literaten abzugeben. Zum Dank verführt der seine Frau, Schluchblau — es ist der Juli 1914. — Zusammenreffen des ehrenwerten Bären im Berliner Hoftheater des ersten Akt mit einem total verdrückten Kinnunternehmer, der, als die Abendblätter die verhängnisvolle Morde von Sarajewo melden, das abenteuerliche Dämchen für ein dies Ereignis erwartende Filmsensation engagiert. Nur daß es bei alledem auch an Moral nicht fehle, hat einer aus dem Literatenkreise, der bis dahin nur Kafferi-ästhetisierende Cantinen von bekannten Schläge produziert, eine empfindliche Schlussrede zu halten, in der er die gesamte Phrasen- und Streber-Sippe als „Geschmeiß“ bezeichnet. Was objektiv gewiß die Wahrheit trifft, jedoch in dem Zusammenhang des Stücks genau so falsch und unwohl wie alles andere Klingt.

Wer hat geraubt?

Wir erhalten folgende Aufschrift: Unter der Überschrift „Rechtssozialistischer Zeitungsrat“, die in sensationeller Ausmachung die ganze Vorderseite bedeckt, bringt die „Freiheit“ in ihrer Abendausgabe vom Montag eine von Unwahrheiten strotzende Nachricht über die Wiederinbesitznahme des „Volkfreund“ durch die Rechtssozialisten, worin u. a. gesagt ist, wie die Mehrheitssozialisten hätten den Verhandlungsversuch der Unabhängigen gänzlich gemacht und zum Schluß alle Verhandlungen abgelehnt.

Demgegenüber sei folgendes festgestellt: Schon im Jahre 1917 sind im ordentlichen Gerichtsverfahren von allen Instanzen bis zum Oberlandesgericht die (alte) sozialdemokratische Partei und die Firmenträger G. Meise, Fr. Ochsenschel und Otto Traun als die rechtmäßigen Besitzer des „Volkfreund“ anerkannt worden. Beim Ausbruch der Revolution wurde uns der „Volkfreund“ von den Unabhängigen und Spartaisten gewaltsam entzissen. Als im April die Spartaistenherrschaft durch den Einzug der Regierungstruppen gebrochen war, hätten wir ohne weiteres die Möglichkeit gehabt, den „Volkfreund“ in unsere Hände zu bringen. Wir haben den Weg der Gewalt jedoch verschmäht, den Unabhängigen vielmehr Verhandlungen zu einer gütlichen Verständigung angeboten.

Diese Unterhandlungen haben mit Unterbrechungen rund 5 Monate gedauert. Der Abbruch gestaltete sich folgendermaßen: Am 20. August hatte der als Verhandlungsleiter hinzugezogene 2. Vorsitzende der Generalkommission, Genosse Grahmann, eine unerbittliche Ansprache mit den Parteien. Am 6. September fand eine ordentliche Sitzung statt. Am 13. September sollte die letzte Sitzung sein. Die Unabhängigen lehnten das jedoch ab und setzten eine Verschiebung auf den 19. September durch. Am 17. September ging hier ein Brief Grahmanns ein, worin er mitteilte, daß er vorläufig verhindert sei und daß es auch ungewiß wäre, wann er nach Braunschweig kommen könne. Wir schlugen den Unabhängigen vor, auf jeden Fall am 19. September die Verhandlungen fortzusetzen, wenn nötig, dann später immer noch eine Sitzung unter Grahmanns Leitung abgehalten werden. Nach anfänglichem Widerstreben sagten die Unabhängigen zu. Am Morgen des 19. September teilten sie jedoch mit, daß sie ohne Grahmann nicht verhandeln könnten. Tatsächlich sind sie zu den Verhandlungen denn auch nicht erschienen, während unsere Genossen zur Stelle waren.

Das gerade Gegenteil von dem, was die „Freiheit“ behauptet, ist also wahr: die Verhandlungen sind nicht von uns, sondern von den Unabhängigen abgebrochen. Dennoch hätten wir vielleicht noch von einem einseitigen Vorgehen abgesehen, wenn nicht ein anderer Umstand hinzugekommen wäre. Am Abend des 19. September ist nämlich durch zahlreiche Zeugen einwandfrei festgestellt worden, daß am gleichen Tage im Laufe des Nachmittags und Abends unter Leitung des unabhängigen Geschäftsführers mehrere mit zwei Pferden bespannte Fuhrn Bayler, Maschin und sonstige Einrichtungsgegenstände heimlich aus der Druckerei sehr nach einem Vorsatz geschafft worden sind.

Die Zustände waren schon vorher unerträglich geworden und hätten außerhalb Braunschweigs kaum verstanden worden. Die Unabhängigen setzten sich in der Rolle mittelalterlicher Kautzler, sie wickelten mit unserem Gelde und unseren Einrichtungen, ohne für nichts und Abzahlung der Maschinen usw. auch nur einen Pfennig zu zahlen, übersehen es andererseits aber großzügig und, für Hypothekenzinsen, Steuern und dergl. anzukommen. Und auch ihren letzten Streich ruhig gelassen zu lassen, wäre der reine Selbstmord gewesen. Man hätte die Verhandlungen so lange hingezögert, bis das Schloß vollständig ausgekämt war und es uns dann vielleicht freiwillig abgetreten. Trotz alledem haben wir bei der Übernahme den Unabhängigen erklärt, daß wir auf Grund unseres Vergleichsvorschlags — Anerkennung der U. S. P. D. als rechtmäßige Besitzer und Herstellung des Blattes der U. S. P. D. in unserer Druckerei in Lohn- und auch weiterhin zu Verhandlungen bereit seien.

Eine einigermaßen vollständige Darstellung des Streits um den Braunschweiger „Volkfreund“ würde einen respektablen Band füllen. Diese kurzen Feststellungen dürften aber bereits genügen.

Das Spiel war möglich. Auch so treffliche Darsteller wie Lupa Pic und Ballentin, das frühere Mitglied des Schauspielhauses, konnten aus den unanbunden Rollen nichts gestalten. In den üblichen Premierenabfall tönen immerhin einige protestierende Jitz- und Pfeiflaute hinein. Conrad Schmidt.

Die Regierung und die Aufklärungsfilme.

Das Mitglied der preussischen Landesversammlung Abgeordneter Wenzel-Sietlin hatte die Staatsregierung befragt, was sie zu tun gedenke, um die weitere Vorführung der Aufklärungsfilme von Dr. Magnus Hirschfeld zu verhindern. Namentlich habe, so heißt es in dieser Anfrage, der jetzt von vielen Kinobesuchern, die Homosexualität verberührende Film „Anders als die Andern“ (§ 175) seines offenbar unfittlichen Charakters wegen in weiten Kreisen der Bevölkerung einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Daraufhin hat unterm 9. September der Minister des Innern folgende an den Präsidenten der Verfassungskommission preussischen Landesversammlung gerichtete Antwort erteilt:

„Da seit Aufhebung der Zensur die Filmvorführungen keiner Vorprüfung und behördlichen Genehmigung bedürfen, standen den Behörden keine Mittel zu Gebot, die Aufführung des Films „Anders als die Andern“ (§ 175) von Dr. Magnus Hirschfeld — andere Aufklärungsfilme dieses Verfassers sind mir nicht bekannt — zu verhindern. Ein Einschreiten auf Grund der stattgehabten Vorführung wäre nur nach Maßgabe der allgemeinen strafrechtlichen Vorschriften, insbesondere an der Hand des § 184 R. St. G. (Verbreitung unzüchtiger Schriften, Abbildungen und Darstellungen) möglich gewesen. Nach Ansicht der zuständigen Behörden war der Inhalt des Films nicht geeignet, um die Ansehbarkeit der in Rede stehenden strafrechtlichen Bestimmung zu begründen und die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens zu rechtfertigen. Nach den polizeilichen Feststellungen ist übrigens von Seiten des Publikums nur in vereinzelten Fällen Widerspruch gegen die Vorführung erhoben worden. Im allgemeinen ist noch zu bemerken, daß die gegenwärtige Rechtslage in der Tat unangenehmlichkeiten gereizigt hat. Ich bin zurzeit mit der Prüfung der Frage befaßt, wie dem am zweckmäßigsten entgegenzutreten ist. Es wird meinerseits alles unternommen werden, dem unsauberen Treiben gewisser Kinospulanten wirksam entgegenzutreten. Im Auftrage: Schloffer.“

Hugo Seeliger.

Der Astronom Seeliger, der seit 1882 Direktor der Münchener Sternwarte ist, beging heute seinen 70. Geburtstag. Seine fast 40jährige Tätigkeit in München zeigt, was auch mit geringen Mitteln geschaffen werden kann, wenn man es nur recht anpaßt. In einer Festschrift der astronomischen Zeitschrift „Stirius“ werden jetzt die Schüler die Lebensarbeit Seeligers darstellen.

Die Wahrheitsliebe der Gegenseite ins rechte Licht zu rücken. Wenn uns überhaupt ein Vorwurf treffen kann, so doch nur der, daß wir in unserer Langmut und unserem Verständigungswillen eher zu weit gegangen sind, nicht aber das Gegenteil. W. H. Müller, Vorsitzender der Prekommission.

Speisefarten.

Die reaktionäre Presse macht sich ein kindliches Vergnügen daraus, den Speisegeldern abzurufen, nach dem Ebert und Kooske anlässlich eines feierlichen Empfanges gespeist haben. Jeder normal denkende wird sich sagen, daß ein Menü von zwei Gängen für eine besondere feierliche Gelegenheit nicht so verborsanend spigig ist; es ist sehr merkwürdig, daß sich dieselben Leute darüber entrüsten, die für die kulinarischen Schlemmereien eines Wilhelm II. nur lässenhafte Bewunderung übrig gehabt haben. Wir können feststellen, daß Ebert und Kooske bei einer besonderen Gelegenheit nicht besser gegessen haben, als eben die höheren Offiziere bei den großen Stäben während des Krieges und der Zeit der bittersten Not alle Tage zu Mittag aßen. Wir haben uns eine ganze Anzahl Menüsarten aus Offizierskafes (bei den großen Stäben speiste man nur nach gedruckten Menüs) aufgeschrieben, und entnehmen unserm Archiv als ein Beispiel für viele die Speisefolge eines Abendessens an einem ganz gewöhnlichen Tage im Hauptquartier Ost. Sie lautet:

Hauptquartier Ost, den 4. 12. 1917.
Abendessen.
Tomatensuppe
1915er Festinger Schloßberg
1900er Cateau Börenne
Gedächtnisse in Weizweil
Schula Grünlad
Zendenbraten mit Rosenlobl und Kartoffeln
Schula Grünlad
Vanille-Biskuit
Obst
Kaffee.

Zu Mittag hatte es bereits ein ganz ähnliches Menü gegeben. Die Mannschaften wurden um dieselbe Zeit mit Dörrenmüße und Karmelade gefüttert.

Wenn die reaktionären Herrschaften aber außerdem noch wissen wollen, wie der verlassene Wilhelm speiste, so wollen wir das Menü eines Jagdbanketts auf der Wartburg zu Ehren Wilhelms II. abdrucken, das der höheren Ehre des hohen Geniebers halber sogar in mittelhochdeutsch abgesetzt ist:

Banquet
im Palas uf Wartpurg an den Sunabend vigillia Quasimodo / so der 20te des Abresen a. domini. M D CCCCXCV
Ein Suppen, so unser gnädigster HERZOG der Landgrave nach einem Jagen wilet.
Farellen / Trutta Fluvialies / Varioloe / so auch den Kranken augen.
Caro Bovina vel Tubula / ein unentbehrlich Spis / deren man sich niemals überdrüssig essen kann.
Ein ganz lunderbares Gerischt aus Hispania.
Fahelbäner gebraten.
Ein delicates Wurzelgemüs aus Britanien.
Dyolger / ein holländisch Spis.
Scharff Röh- und annoch Reduter-Käij / gewürzet mit Rosmarin Salbei und Kümmel.
Darnach Garten-Erdbereen süßig reif / durch Kunst und Fleiß zu tigger fruer zeit / schon erzelet worden.
Manigfaltig Confect und Marzipan.
Ende des Banquet.

Die Karte ist in höchster Luxusausführung gedruckt, und am Fuße haben sich sowohl der Künstler, der den Schriftsatz entworfen hat, wie auch der Goldschmied, von dem das Menu herührt, bereuigt. Für solche kindischen Viebbereien wurden unter Wilhelm große Summen ausgegeben, aber der „Deutschen Tageszeitung“ und Konferten, denen jetzt zwei Gänge für den Reichspräsidenten zubiet sind, haben sich nie darüber entrüsten.

Seeligers Forschungsgebiete lagen stets abseits von den sonst allgemein gepflegten Gebieten. Fast immer ist es ihm auch gelungen, die in Anatiss genommenen Probleme zu einer endgültigen Lösung zu bringen. Der im Juni vorigen Jahres aufgeschickte Stern brachte wieder eine Bestätigung von Seeligers Theorie, daß es sich dabei nicht, wie vielfach behauptet, um den Zusammenstoß zweier Sonnen handle, sondern höchstwahrscheinlich um das Eindringen eines erkalteten Weltkörpers in eine kosmische Staubmasse.

Ob das Gesch der Schwerkraft auch im fernem Weltraum gültig ist, war eine weitere Frage, die er sich stellte und die er in der Behandlung des vierfachen Sternsystems im Krebs zu beantworten suchte. Sein Lieblingsproblem blieb freilich die Verteilung der Fixsterne im Raume, um zu ergründen, zu welcher höheren Ordnung die Milliarden Sonnen unserer Umgebung verbunden sind. Seine tiefgründigen Forschungen auf diesem Gebiet haben begonnen, den Schleier zu lüften. Seeligers Wort vom „Katzmuller“, geprägt auf der Naturforscherversammlung in Wien, hat jetzt angefaßt der Befehlsgabe phantastischer Planetentelegramme wieder eine erhöhte Bedeutung erlangt.

Notizen.

— Ein neues Verfahren der Schabblattkunst. Im Schaulen der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstr. 2, hängen seit einiger Zeit lausliche Zeichnungen, Pastelle und Aquarelle des jungen Künstlers Hans Goetsch aus Reuerding. Er hat eine Schwarzweiß-Landschaft an, die das Ergebnis einer neuen graphischen Technik ist. Bei diesem Verfahren wird das seit Jahren von Illustratoren benutzte Kasterpapier mit schwach verdünnter Ausziehtusche gleichmäßig eingefärbt. Mit Radier-nadeln und Schabmessern werden die Lichter herausgekratzt (wie beim Holzschnitt). Dem Holzschnitt gegenüber hat die Technik Goetschs aber einen viel größeren Strichreichtum voraus. Man kann die ganze Art mehr eine malerische als zeichnerische nennen. Der Heberzeichnung gegenüber hat die Technik eine viel größere Fernwirkung. Dies erhöht den Wert der Schabblätter als Wand-schmuck. Strichzeichnungen, die nach den Originalen angefertigt sind, haben nichts von deren Eigentümlichkeiten eingebüßt; die feinen Abstufungen innerhalb der weichen Strichelungen fallen allerdings weg.

— Dichtabend. Zu Alfred Lichtneins fünfstem Todestage veranstaltet Rolf Ronger mit Kurt Ludasch einen Abend am 28. September im Harmoniumsaal. Der Dichter fiel im ersten Kriegsjahre.

— Graphik von Marcus Dehmer zeigt jetzt das Kabinett Neumann, Kurfürstendamm 232. Die Arbeiten stammen aus den Jahren 1899-1919.

— Das Choriner Naturkundland. Die Dürer-Gesellschaft Groß-Berlin veranstaltet am Sonntag, 2. September, eine Führung durch das kosmische Naturkundgebiet am Plage-See und Plage-Terr bei Chorin sowie Besichtigung des Klosters unter Leitung R. Schmitts-Oberwalde. Ausfahrt christlich durch die Geschäftsstelle, Berlin W. 57, Abendessenstr. 17.

Aus dem „befreiten“ Elsas.

(Drahtbericht unseres Elsäßer Korrespondenten.)

Die elsässischen sozialistischen Zeitungen „Der Republikaner“ in Rülhousen, die „Freie Presse“ in Straßburg und die „Sozialtribüne“ in Metz, sind neuerdings unter strenge Zensur gestellt worden. Ihre Ausgabe darf nur nach Einholung behördlicher Genehmigung erfolgen. Ein Aufruf des Metallarbeiterverbandes zum Solidaritätsstreik für die Bergarbeiter wurde untersagt.

Aus dem Rheinland.

Man schreibt uns: Wäthern wir heute die deutsche Presse durch, so müssen wir den trüben Nachrichten aus dem Rheinland zunächst etwas skeptisch gegenüberstehen; denn es ist der Verdacht nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, daß die Kreise, die ein Interesse daran haben, daß der Verständigungswille in Europa keine allzu großen Fortschritte macht, nach einem neuen Stoff Ausschau halten, der die nationalen Leidenschaften immer wieder auffrischt.

Viele unter den Nachrichten, die aus dem befreiten Gebiet kommen, ist ja recht bitter. Da meldet die „Kölnische Zeitung“, daß die britische Weibliche „Jugend“, den „Simplicissimus“, den „Bladderball“, den „Rhophor“, „Die Gipse“, „The World“ und noch so manch anderes Blatt nicht einführen läßt. Nach dem WTD hat General Fabelle die Einführung der „Frankfurter Zeitung“ in die französische Zone vom 12. bis 30. September verboten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 14. September meldet aus Ludwigshafen, daß man den sozialistischen Abgeordneten Profit nicht über die Loslösungsbestrebungen habe sprechen lassen. Der „Tag“ weiß zu berichten, daß die Militärverwaltung der Stadt Zweibrücken der Stadt eine Strafe von 2000 M. auferlegt, weil sich die Person, welche die Strangniederlegung am Vismarckdenkmal am 1. September veranlaßte, nicht freiwillig meldete. Ein anderes unangenehmes Thema lautet: „Die französischen Offiziere im deutschen Gebiet“. Und hier haßt die rechtsdenkende Presse schon recht kräftig ein. Trodem von amtlicher Seite darauf hingewiesen wurde, daß die Reichsbehörden daran sind, in jeder Hinsicht Abhilfe zu schaffen und diese peinliche Wohnungsfrage im befreiten Gebiet zu lösen, muß die Presse der Rechten doch verstanden, die Regierung, lässig und schwach wie immer, verberge die Deutschen im Rheinland und unterstütze so indirekt die Loslösungsbestrebungen.

Widerlich ist es für die Wissenden, immer wieder mit ansehen zu müssen, wie gerade die Kreise, die ehemals für die befreiten Gebiete die „Herren“ stellten, jetzt über Unterdrückung und über den Übermut der Sieger so beweglich klagen. Jeder Deutsche, der während des Kriegs Gelegenheit hatte, in fremden Ländern, die wir besetzt hielten und mit denen wir keineswegs mehr Krieg führten, zu leben, weiß doch, daß der deutsche Sieger sich nicht weniger übermäßig demütig als jetzt die Entente im Rheinland. Die freie Presse. Gab es bei uns eine Pressefreiheit? Die Einquartierung. Gab es da bei uns zurecht Roblesse? Gab es bei uns Versammlungsfreiheit? „Comme les princes!“, so feierten die Besiegten, wenn sie in ihren Häusern, in ihrem Wohlstand die Herren, die Sieger, sich gütlich tun sahen. Wir haben das „gute“ Beispiel gegeben. Und allen denen, die sich in diesen Dingen nicht gang frei von Schuld wissen, bleibt nichts, als resigniert zu wiederholen: „Comme les princes!“. Die andern aber, die ihr Gewissen rein wissen, sollen die Regierung unterstützen in ihrem Bemühen, auf dem Wege der Verständlichkeit und der Verständigung für die Bevölkerung der Befreiungsgebiete erträgliche Verhältnisse zu schaffen, damit all das Schlimme als heilende Medizin, nicht aber als tödendes Gift wirkt.

Die Wunde im Westen Deutschlands ist offen, und sie wird noch lange bluten. Aber bei allen Alarmnachrichten aus dem Rheinland mögen die Leser zunächst etwas vorsichtig sein und nicht gleich rufen und verdammen. Wenn schon aber beurteilend-wertige Dinge wirklich festgestellt werden, dann immer wieder an den alten Spruch denken: Nur wer selbst rein ist, kann Teufel austreiben.

Kein Konflikt wegen der Umsatzsteuer.

Die Alarmnachricht eines gewissen Mittagsblattes über einen Konflikt, der im Ausschuss der Nationalversammlung zur Vorbereitung der Umsatzsteuer ausgebrochen sein soll, ist, wie wir erfahren, unbegründet. Es handelt sich lediglich um eine sachliche Auseinandersetzung wegen des zweckmäßigen Vorgehens. Die sozialdemokratische Fraktion will die Umsatzsteuer erst beraten, wenn der Umfang und voraussichtliche Ertrag der übrigen Steuern feststeht.

Der Fraktionsvorstand.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Streikmeldungen aus den Großstädten übten auf den heutigen Verkehr fast gar keine Wirkung aus. Die Börse war vielmehr recht zuverlässig gestimmt, wozu auch Meldungen beitrugen, daß die Metallarbeiterbewegung heute weniger pessimistisch zu beurteilen sei. Das Geschäft war zum Teil recht lebhaft. Bevorzugt waren wieder Kolonialpapiere und Petroleumwerte. Demona notierten anfangs bis auf 3500, waren später mit 3300 immer noch 150 über gestern. Feiler lagen auch Deutsche Kolonialanleihe mit 1420, Soutwest mit 290, Neuguinea mit 337, Ostasi-Anteile mit 237 und Ostasi-Genußscheine mit 181. Sloman Salspeter waren mit 495 und Raoko mit 51 etwas schwächer. Von Petroleumwerten heute auch Erdöl lebhaft gehalten. Das Papier setzte die gestrige Steigerung heute um 6 Proz. fort. Auch Deutsche Petroleum und Steaua Romana höher. Canada und Baltimore wenig verändert.

Eine starke Aufwärtsbewegung setzte in den Aktien der Orientbahnen ein auf die Meldung von Verhandlungen über den Verkauf des österreichischen Besitzes dieser Aktien an eine neuzubildende Orientgruppe. Das Papier gewann im Verlaufe 23 Proz. Schwächer lagen Türkische Tabak, die 7 Proz. einbüßten, auch Prinz Henry stark rückläufig. Montanpapiere zeigten gestrige Tendenz. Gebessert waren Gelsenkirchener, Bismarckhütte, Oberfels und Rombacher, dagegen Karo-Degenscheidt, Rattowier, Saperenz, Wörmz und Augensburger schwächer. Am Aktienmarkt: Köln-Rheinmetall fest, dagegen Hirsch-Kupfer, Deutsche Waffen und Metallwerke schwächer. Elektrische Werte etwas anziehend. Schiffahrtspapiere fest, besonders Hamburg-Südamerika. Kriegsanleihe leicht erhöht mit 77/8. Bon älteren heimischen Anleihen die dreiprozentigen Werte steigend.

Groß-Berlin

Eine Cöpenickade in Behnin.

Am 12. d. Mts. erließ in einem lehnigen Blatt ein Graf von Bernau eine Bekanntmachung, worin mitgeteilt wurde, daß die Gemeinde in den nächsten Tagen mit Einquartierung (circa 850 Mann nebst Regiments- und Bataillonstab) belegt werde. In der Uniform eines Jägeroberleutnants, angehen mit dem Bourle Merite und dem E. R. 1. suchte der Herr Graf unter Führung eines Gemeindeführers die postenlosen Quartiere aus. Inzwischen hatte der Herr Graf selbst Quartier bezogen, kumpfte überall auf Regimentsunkosten, ließ sich täglich fröhlicher, feierte seinen Geburtstag bei Selt und Tanz und verbesserte nebenbei auch seine irdischen Güter durch Einlauf von Schmuckstücken und Ausleihe von besserer Herrenwäsche. Für die gelauten Waren stellte er stets Scheck auf sein Konto bei einer kleinen Bank aus. Auch in den Nachbarnorten mochte er Quartier, und ließ er sich nach dort mittels Reisefuhrwerks fahren, natürlich auf Unkosten der in Aussicht gestellten Regimentskasse. Daß er hierbei nebenbei auch noch kleine Privatpumpen anlegte, hielt man bei einem so vornehmen Grafen und Offizier nicht weiter für verwunderlich. Auch interessierte er sich noch für gut geeignete, diebesichere Räume zur Unterbringung der Regimentskasse. Die Truppe blieb aber von Tag zu Tag immer noch aus, und als man dem Herrn Grafen wegen des langen Ausbleibens der ersuchten Einquartierung — er hatte ja täglich Plagwitz, Konzerte und dergleichen in Aussicht gestellt — auf den Leib rüde, entschloß er sich, der Truppe, die aus Werder nicht einmal herauskommen konnte, persönlich entgegenzufahren. Er ließ sich zu diesem Zwecke ein Motorrad, fuhr nach Werder zu und kam nicht wieder. Der Gendarmereisewachtmeister brachte bald in Erfahrung, daß der Herr Graf sich in Werder aufhalte und am Sonnabendnachmittag wurde er verhaftet und nach Potsdam gebracht. Dort wurde er wegen ähnlicher Schwelgereien schon gesucht. Es handelt sich um einen wegen Unterschlagung fahnenflüchtig gewordenen Offizier.

Postabonementen

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, eruchen wir unsere Postabonementen, das Abonnement für den Monat Oktober zum Preise von 3.— M., inkl. Zustellungsgebühr, bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen.



Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin

Zur Wohnungsvermittlung.

Vom Schönberger Wohnungsamt wird uns geschrieben: Es häufen sich die Klagen der Wohnungsuchenden darüber, daß von Portiers, Hausverwaltern und selbst Hauseigentümern für die Vermittlung von Wohnungen Provisionen verlangt werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein derartiger Anspruch rechtlich keineswegs begründet ist. Sämtliche verfügbaren Wohnungen sind noch der Verordnung des Polizeipräsidenten in Berlin vom 10. August 1919 binnen 24 Stunden dem Wohnungsamt anzumelden. Seitens des städtischen Wohnungsamtes wird sodann die Wohnung den dort vorgemerkten Wohnungsuchenden angeboten und diesen anbeimgestellt, mit dem Vermieter einen Vertrag abzuschließen, der seinerseits wieder der Genehmigung des Wohnungsamtes bedarf. Falls zwischen den Mietstellen und dem Eigentümer ein Mietvertrag nicht zustande kommt, so kann das Wohnungsamt die Wohnung beschlagnahmen und beim Mietvermittlungsdienst den Abschluß eines Mietvertrages mit einem der Mietwerber beantragen. Das Schönberger Wohnungsamt bittet, ihm Fälle, in denen von Portiers, Verwaltern oder Hauseigentümern unzulässigerweise eine Provision verlangt wird, sofort anzuzeigen, damit dieselbe gegen solchen Vandalen eingeschritten werden kann.

Ueberfall auf Sicherheitsmannschaften.

Von der Sicherheitspolizei des Berliner Polizeipräsidenten werden wir um Aufnahme nachstehender Zuschrift gebeten: „Die „Freiheit“ bringt in ihrer Morgenausgabe vom 23. d. angelegliche Uebergriffe der Sicherheitspolizei. Das Rätsche der ganzen Vorgänge geht daraus am besten hervor, daß es Wochen der Sicherheitspolizei noch gar nicht gibt. Folgendes ist Tatsache: Am 17. d. M. wurden in Neukölln am Hermannplatz zwei Beamte der Sicherheitspolizei Hamburg überfallen. Am 18. d. wurden mehrere Beamte der Berliner Sicherheitswehr, die gar nicht im Dienst waren, und Angehörige der Reichswehr in derselben Gegend verfolgt mit dem Ruf „Blutband“, „Kostband“ und dergleichen in den Kreisen der Anhänger der „Freiheit“ üblichen Ausdrücken. Es sammelten sich schließlich 150 bis 200 Personen und belästigten die Beamten, deren Taft es zu verbanken war, daß sich keine größere Schlägerei entwickelte.“

Die Ueberfällung der Langenheilkäthen wird in vielen Zuschriften an uns beklagt. Welchen Erfolg soll der Heilstätten-aufenthalt bringen, wenn bis zur Aufnahme der Kranken ein halbes Jahr hingehet? Einer, der im März bei der Landesversicherungsanstalt Berlin seine Aufnahme beantragte, erhielt Anfang Mai den Bescheid, daß sie voraussichtlich in einigen Wochen erfolgen werde. Die „Vorausicht“ erwies sich als falsch und dem Wartenden mußte Mitte Juni auf mündliche Anfrage erklärt werden, daß es nun noch 8—10 Wochen dauern werde. Nachdem er Anfang September schriftlich nochmals gemacht hat, wartet er seitdem auf neuen Bescheid. Er befürchtet Dinaufschub der Aufnahme bis zu dem Tage, wo von allen Leiden ihn der Tod kuriert haben wird.

Rein Nord. Rasch aufgefährt wurde das Nordgerücht, das gestern abend in der Kaiser-Wilhelm-Strasse verbreitet war. Die Dandlerin Widme Beschnitt aus der Kaiser-Wilhelm-Strasse 54, die durch einen Sturz aus dem Fenster ihren Tod fand, ist keinem Verbrecher zum Opfer gefallen. Das Gerücht verbreitete sich, weil vor dem Sturz Darm aus der Wohnung geholt wurde. Die Ermittlungen ergaben jedoch, daß Frau Beschnitt an Verfolgungsdurchfall litt und in einem Anfälle selbst den Tod gesucht hat. Ihr Sohn war zur Zeit des Unglücks gar nicht zu Hause, während Hausgenossen vermuteten, daß er sich erst nachher entfernt habe.

Zwei große Jurekandischäfte am Kurfürstendamm beschäftigen die Kriminalpolizei. Es handelt sich in beiden Fällen um Wohnungseindrücke. Der Ingenieur Schapiro, der im zweiten Stock des Hauses Nr. 181 wohnt, besuchte mit seiner Frau das Theater.

Unterbesen Öffneten Einbrecher mit Raschschlüssel die Haus- und die Wohnungstür, ebenso die Behälter in den Wohnräumen, und stahlen für 150000 M. Juwelen, Silberfachen und Pelze. — In dem Hause Kurfürstendamm Nr. 65 wurde im Erdgeschosse die Hausmeisterin Bogd schwer bestohlen. Während sie in den Winterzimmern schlief, haben Einbrecher für 80000 M. Brillantringe, Armabänder, Silberzeuge und Perletpiede und Bräuden. Unter dem Verdacht der Mithäterschaft oder Mithäterschaft ist ihr 24 Jahre altes Dienstmädchen verhaftet worden, das sich schon durch einen auffallend regen Telefonverkehr verdächtig gemacht hatte.

Rückkehr Internierter. Die in Amerika gefangenen bzw. internierten Angehörigen der Marine werden in allernächster Zeit in die Heimat zurückgeführt. Am 25. September soll der amerikanische Kreuzertransporter „Yacombas“ von New York nach Rotterdam in See gehen mit den Befehlungen der Hilfskreuzer Prinz Eitel Friedrich, Kronprinz Wilhelm, Cormoran sowie des Kreuzers Geier und des Unterseeboots U 53 an Bord. Außerdem gehört zu dem Transport eine kleinere Gruppe der Besatzung des Kreuzers Karlsruhe, die als Prisoner of War an Bord eines gepanzerten Dampfers gewesen ist, und das Prisoner Commando des Dampfers Appan.

Neuere Müllabfuhr. Ohne Rücksicht auf die Volksgesundheit benutzen verschiedene Fuhrherren alle möglichen Plätze, so auch die Karlshorster Rennbahn, als Müllabfuhrplatz. Es wäre dringend zu wünschen, wenn die Polizei in solchen Fällen einschreiten würde, da nach gesetzlicher Vorschrift in einem gewissen Umkreise Berlins kein Müll abgeladen werden darf.

Diebstahl in der Nationalgalerie. Aus der Schinkelschen Bauakademie, in der ein Teil der Nationalgalerie untergebracht ist, sind gestern zwei wertvolle Gemälde auf Holz von Lucas Cranach gestohlen worden. Das eine stellt Martin Luther, das andere Philipp Melancthon dar. Beide sind ohne Rahmen und 36 mal 21 Zentimeter groß.

Das Goldene Rad von Berlin. Auf der Olympia-Rodrennbahn wird am Sonntag das Goldene Rad von Berlin, ein Dauerrennen über eine Stunde, ausgefahren. Es sind fünf der besten Dauerfahrer engagiert worden, und zwar der Meisterfahrer von Deutschland Karl Goldom, Fritz Bauer, Franz Krupat, Rettelbeck und Otto Paule. Außerdem findet ein Negerkämpf statt, zu welchem der Weltmeister Abend, Stabe, Schrage sowie Ostermeier und Abraham zusammengetreten.

Verfälschtes Weib. Volkshochschule. Parteigenossen, die sich an einer zu stehenden Volkshochschule beteiligen wollen, werden darauf hingewiesen, daß die Auslegung der Eintragungsscheine nur bis zum 27. d. Mts. vorgehen ist. Gemündete Themen sind auf diesen zu vermerken. Die Scheine liegen in den beiden Konferenzräumen, dem Arbeitsnachweis der Metallarbeiter, dem Gemeindevorstand (Zimmer 14), in der Drogerie von Preuß und im Zigarretengeschäft von Haber aus.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Bankrot. Von heute ab auf Abchnitt 61 der allgemeinen Lebensmittelkarte 6 Suppenwürfel (10 oder 15 W).
Wittmann. Von Freitag ab auf Abchnitt 77 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 200 Gramm Natriolabialsale (1,45 M.). Abchnitt 78 200 Gramm Marmelade (0,85 M.). Abchnitt 119 der Einzahlkarte 250 Gramm Auslandsmehl (0,42 M.). Die Karte ist spätestens Sonnabend, den 4. Oktober abzuholen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Okt. Heute 8 Uhr: Jahlabend in folgenden Lokalen: Bezirk 61, 52, 54, 65 Haag, Kirchbachstr. 4; Bezirk 52, 63, 64 Schmidt, Wittenbergstr. 17; Bezirk 55—60 Badenhofer, GutsMuthsstr. 145; Bezirk 60, 61, 62 Bern, Winterfeldstr. 33; Bezirk 66—69 Biderf, Steinmehler, 36a.
Karlshorst. Donnerstag, 8 Uhr, im Restaurant „Gärgerheim“, Treftow-Allee 63, Mitgliederversammlung. Vortrag der Parteiführerin Lotzenhagen über: „Die Frau in der neuen Verfassung“. Ortsangehörigen und Verhältnissen.
Hermesdorf. Donnerstag Frauenabend bei Böttcher, Wollsee-Str. 10.
Königsplatz-Walden. Heute 8 Uhr im Lokal von Hrl. Darrl, Wollsee-Str. 10.
Genosse Dr. T. G. a. u. r. Charlottenburg: Reichsversammlung und Resolutionen. Diskussion. Gemeindegemeinschaften.
Verbandsklub für Post und Telegraphie. Sonntag, vormittags 9 Uhr, Volkshochstr. 7 II. Beginn des Rednerclubs. Redungen zu einem Einzahlungskursus im wissenschaftlichen Sozialismus umschend nach Bekker-Str. 7 erbeten. — Donnerstag, den 25. d. Mts., abends 8 Uhr, Tempelhofer Ufer 2, Schulaula, Versammlung für alle Angehörigen der Verwaltung. Tagesordnung: „Er und das Betriebsratsgesetz“. Klausur zur Stelle sein. Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Klitzberg. Sonnabend 7 Uhr: Herbstfest im Café Bellevue, Hauptstr. 2. Willkomm des Berliner Festfest. Hrl. Maria Schlimm. Umrahmt an 75 W. sind zu haben bei Ludert, Schornweberstr. 62 III. Handmann, Weichselstr. 9. Gartenbau IV. Günther, Grünberger Straße 16, I. Neumann, Orppliusstr. 13. Schulze, Simplonstr. 6. Peters, Lärchenstr. 30 IV. Rarwitz, Wagnerstr. 29. Schubert, Kiliengstr. 24 II.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Samori-er-Vand. Kolonne Groß-Berlin. Bezirk Norden 101. 2. Ullomstraße 33 im Restaurant, Freitag, 7 1/2 Uhr, Erklärung der Teilnehmer. Die Bezirksversammlung findet der Prüfung wegen am 3. Oktober statt.

Gewerkschaftsbewegung

Der lebende Leichnam.

Mit einer Gesprenktheit, die im richtigen Verhältnis zu seiner politischen Bedeutung steht, wendet sich Richard Müller in der „Freiheit“ gegen den „Vorwärts“. Angehen hat es ihm unser Bericht über die Generalversammlung der Metallarbeiter, auf der Richard Müller die recht vernünftige Ausführung mochte, daß ein Generalstreik der Metallarbeiter niemals in einer Generalversammlung beschlossen werden könne, sondern nur durch Urabstimmung in den Betrieben von den beteiligten Arbeitern. Im Anschluß daran hatten wir ausgedrückt, daß es merkwürdig sei, wie schnell Müller sich den veränderten Verhältnissen angepaßt habe, denn im Märzstreik dieses Jahres habe er noch verflucht, was er heute anbete.

Die Beschuldigung, sich jetzt zu halbwegs vernünftigen Anschauungen bekehrt zu haben, darf Richard Müller natürlich nicht auf sich sitzen lassen. Mit der gleichen Bathetik, mit der er einst gegen die Nationalversammlung donnerte — „Nur über meine Leiche“ usw. — donnert er jetzt gegen die „Vorwärts“-Redaktion. Aber wir wissen ja, damals wie heute nur Theaterdonner! Es lohnt sich nicht, auf all die an den „Vorwärts“ gerichteten Nebenwürdigkeiten auch nur mit einem Worte zu antworten, denn eigentlich hatte Richard Leichen-Müller seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung gar keine Dajeinsberechtigung. Er müßte längst Garafiri verübt haben.

Aber auf eins müssen wir aus dem Geschreibsel doch eingehen. Richard Müller schimpft nicht nur auf den „Vorwärts“, er verdächtigt in der schofelsten Weise auch seine Organisationsleitung: Er schreibt nämlich:

Der „Vorwärts“-Redaktion muß bekannt sein, daß ein Streik der Berliner Metallarbeiter (von einem Generalstreik habe ich gar

